
Liebe Leserinnen und Leser,

bei den sommerlichen Temperaturen und der angebrochenen Ferien- und Urlaubszeit bieten sich Besuche in einem Protest- und Widerstandscamp an, zum Beispiel im Gorleben-Camp, das vom 7. – 15. August durchgeführt wird: <http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/anti-atom-sommer-camp.html>. Wer mag, kann dabei am Lagerfeuer oder anderswo einmal darüber nachdenken, ob es nicht langsam Zeit für einen eigenen Namen für den BBU-Newsletter wird. Wer eine zündende Namens-Idee hat, kann uns diese ja mal mitteilen. Und wer meint, dass der Name BBU-Newsletter völlig ausreichend sei, kann uns das ja auch mal mitteilen. Ebenso erwünscht sind Berichte und Fotos vom Gorleben-Camp, Terminhinweise, Berichte über die BI-Arbeit vor Ort usw.



Eine erholsame Sommer- und Urlaubszeit wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Unterstützt den BBU mit kleinen und großen Spenden!

(UB): Die Lobbyarbeit für Bürgerinitiativen im Umweltbereich ist leider mit Ausgaben verbunden. Je mehr Spenden der BBU erhält, desto besser und umfangreicher kann er als Verband Bürgerinitiativen vor Ort politisch den Rücken stärken. Daher empfiehlt die BBU-Newsletter-Redaktion: Spendet für den BBU! Spendenkonto: Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer.: 19002666 Spenden und Beiträge sind steuerlich abzugsfähig. Jeder Euro hilft! Und jetzt ist es noch einfacher, für den BBU zu spenden: Einfach auf die Internetseite des BBU gehen und dort rechts unten das Feld „Spendenportal.de“ anklicken. www.bbu-online.de.

2. Themenbereiche

Atomindustrie



Demo am 24. Juli in Süddeutschland: Atomausstieg sofort – Energiewende jetzt!

Stilllegung der Atomkraftwerke in Neckarwestheim - sowie aller anderen Atomanlagen!

(UB): Am 24. Juli veranstaltet die BBU-Mitgliedsorganisation BBMn mit befreundeten Initiativen in Stuttgart eine überörtliche Anti-Atomkraft-Demonstration, zu der bereits viele Initiativen und Verbände aufrufen. Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf! In dem Demoaufruf heißt es u. a.:

„Statt endlich abzuschalten will die Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke noch einmal verlängern. Uns reicht es! Atomkraft ist keine notwendige Brückentechnologie, wie es uns die Bundes- und gerade auch die Landesregierung weismachen will. Die Energiewende ist technisch längst möglich. Sie muss jedoch gegen die vier Energiekonzerne RWE, EON, Vattenfall und EnBW durchgesetzt werden.“

Wir wollen die regenerative Energiewende jetzt: Der Weiterbetrieb von Neckarwestheim und allen anderen Atomkraftwerken verhindert eine rasche Energiewende. Keine weitere Atommüll-Produktion: Jedes Jahr erzeugen allein die beiden Neckarwestheimer Atomkraftwerke über 30 Tonnen an hochgiftigem und für Jahrtausende strahlenden Atommüll. Eine sichere „Endlagerung“ kann und wird es nie geben. Der Atommüll soll für 40 Jahre in den Tunnelröhren in Neckarwestheim „geparkt“ werden. Und dann? Ein Endlager in Neckarwestheim?“

Wer mit seiner Organisation zu der Kundgebung aufrufen möchte, meldet sich bitte bei Wolfram Scheffbuch, E-Mail: kontakt@bbmn.de. Aufgrund der erheblichen Kosten für die Demo freuen sich die VeranstalterInnen über Spenden. Die Spenden sind steuerabzugsfähig. Bund der Bürgerinitiativen mittlerer Neckar e. V., VR-Bank Stromberg-Neckar eG, BLZ 604 91 430, Kontonummer 47 17 90 001, Stichwort „abschalten“.

Den gesamten Demoaufruf und weitere Infos gibt es unter <http://www.endlich-abschalten.de>.

Landeskonzferenz der NRW-Anti-Atomkraft-Initiativen

Anfang Juli hat die Landeskonzferenz der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen getagt. An dem Treffen beteiligten sich Anti-Atomkraft-Initiativen so wie Mitglieder des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), des BBU, von Greenpeace, von Antikohlekraftinitiativen und von verschiedenen Parteien. Für die kommenden Monate wurde die Durchführung zahlreicher Protestaktionen beschlossen. So wird es u.a. an vielen Orten sog. „Brückenproteste“ geben. Die Bundesregierung verteidigt die Atomkraft immer wieder als sog. „Brückentechnologie“, in Wirklichkeit werden damit die Gefahren der Atomtechnologie verharmlost. Der Ausbau der Atomüllanlage der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Duisburg-Wanheim und die Pläne, Atomüll von Duisburg in das sog. Zwischenlager nach Ahaus zu transportieren, wurden scharf kritisiert.

Die Initiativen in NRW unterstützen den bundesweiten Atomprotest. Die Großdemonstration am 18.9.2010 in Berlin für den Atomausstieg und die großen Protestaktionen gegen den bevorstehenden Atomülltransport von La Hague nach Gorleben im November stehen dabei besonders im Mittelpunkt. Die Pläne, eine bundesweite „mobile Demo- und Aktionskette“ an den angekündigten Atomülltransportstrecken im Oktober durchzuführen, wurden begrüßt und werden ebenfalls mit zahlreichen dezentralen Aktionen in NRW unterstützt. Zur weiteren Vernetzung des gemeinsamen Widerstandes vereinbarten die Anti-Atomkraftinitiativen ein Folgetreffen, das am 29. August in Düsseldorf stattfinden soll.

Nach einer Pressemitteilung der Landeskonzferenz NRW vom 5.7.2010. Weitere Auskünfte und die gesamte Pressemitteilung gibt es u. a. beim Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, 0151-12702596, sowie beim Arbeitskreis Energie des BBU unter 02562-23125.

PUA Gorleben: Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit wurden bewusst umgangen BI Umweltschutz: "Vordemokratisches Denken beherrscht die politische Klasse"

In Gorleben begann 1977 die Erkundung des Salzstocks auf der Basis des Preußischen Bergrechts von 1865, das erklärte Hennig Rösel seitens des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) Gorleben. Auf seiner Sitzung am 17. Juni räumte der ehemalige Vize-Präsident des BfS ein, dass das Bergrecht Vorzug vor dem Atomrecht fand, um der Öffentlichkeit formelle Beteiligungsrechte vorzuenthalten. Auf Nachfrage erklärte Rösel demnach, dass ein Planfeststellungsverfahren nach Atomrecht auch möglich gewesen wäre, "unter Einbau des Bergrechts". Das Atomrecht indes sieht mehr Mitwirkungsrechte der Öffentlichkeit vor. "Eine formelle Bürgerbeteiligung hat es nicht gegeben", sagte, Rösel. "Wir haben aber in sehr umfänglichem Stil die Bevölkerung informiert." Er sei in manchen Arbeitswochen an vier Abenden in der Region zu Vorträgen unterwegs gewesen.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI): "Das ist auch heute noch die Linie des Bundesumweltministers, mitreden dürfen alle, formelle Rechte, vor allem Klagerechte aber bleiben der Öffentlichkeit vorenthalten." Die BI fordert bekanntermaßen - unter der Prämisse des Atomausstiegs - die Aufgabe des Standorts Gorleben und ein vergleichendes Suchverfahren mit echter, formeller Öffentlichkeitsbeteiligung. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: "Preußisches vordemokratisches Denken beherrscht die politische Klasse, wenn es um die Endlagersuche geht."

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 18.06.10. Die BI ist BBU-Mitglied. Kontakt: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.

Flyer gegen Atomlügen

Beim Umweltinstitut München können Flyer bestellt werden, mit denen möglichst viele Leute über die Propaganda der Atomindustrie informiert werden sollten. Weitere Infos hierzu gibt es im Internet unter <http://umweltinstitut.org/startseite.html>.

AKW Borssele 2



(UB): Noch immer droht der Bau eines 2. AKW im niederländischen Borssele. 2009 hatte der BBU in NRW (und darüber hinaus) Einsprüche gegen das neue AKW gesammelt, siehe dazu unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/13.11.09.htm>. Im

Juni hat die niederländische Genehmigungsbehörde weitere Unterlagen zum Genehmigungsverfahren veröffentlicht, siehe dazu

<http://www.gronau.de/index.phtml?La=1&sNavID=1486.38&mNavID=1486.38&ffsm=1&object=tx|1486.2519.1&FI D=1486.2519.1>. Zwischenzeitlich wurde in den Niederlanden das COMITÉ 'BORSSELE II, NEE' gegründet, Infos: <http://www.borssele2nee.eu/comite.html>. Der BBU bleibt weiterhin Infokontakt in der Bundesrepublik.

Auch die Großkraftwerksbetreiber (VGB) wollen große HTR-Subventionen!

Die anstehenden Entscheidungen der Bundesregierung über das zukünftige Energiekonzept der BRD werfen ihre Schatten voraus. Nach der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der CDU hat am 6. Juli 2010 auch der Verband der Großkraftwerks-Betreiber (VGB Power Tech e. V.) ein Energiekonzept vorgelegt und fordert ebenfalls eine verstärkte Förderung der nuklearen HTR-Technologie.

Während der VGB in den vergangenen Jahrzehnten Hochtemperaturreaktoren vorzugsweise geächteten Diktaturen und autoritären Regierungen (Südafrika unter der Apartheid, China) anbot, schmückt er heute zeitgeistgemäß seine Atompropaganda mit esoterischen Worthülsen wie "ganzheitlich, naturgesetzliche Prinzipien", um endlich wieder in der BRD ins Geschäft zu kommen.

Vom 22. bis 24. September 2010 findet übrigens in Essen der VGA-Kongress "KRAFTWERKE 2010" mit Fachausstellung (7) statt. Gleichzeitig wird das 90jährige Jubiläum des VGB gefeiert. Das Motto lautet: "Erneuerbare, Kernenergie, Kohle und Gas - Technologien für eine kohlenstoffarme Zukunft". Wir sollten auch vorbeikommen, um zu gratulieren! Hier ist der ganze Artikel einsehbar:

<http://www.reaktorpleite.de/index.php/aktuelles.html>, Horst Blume, Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm

CCS-Endlagerung

CCS-Gesetz: Regierung legitimiert Experiment unter bewohnten Gebieten

"Das neue CCS-Gesetz trägt eindeutig die Handschrift der Energiekonzerne!" kritisiert Mike Kess, von der Bürgerinitiative „CO2-Endlager stoppen“ aus dem märkischen Beeskow, den heute vorgestellten Entwurf für ein neues CCS-Gesetz durch Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). Die Speicherkapazität von höchstens 3 Millionen Tonnen je Speicher entspreche genau dem, was Vattenfall unter besiedeltem Gebiet verpressen möchte. Daher könne man mit Fug und Recht von einer klassischen „Lex Brandenburg reden“, die initiiert wird um den schwedischen Energiekonzern Vattenfall einem Dienst zu erweisen. Getreu dem Motto „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren“, werde Vattenfall die CO2-Endlager nach nur 30 Jahren dem Brandenburger Steuerzahler überlassen. „Das Gesetzesvorhaben ist eine Kampfansage der schwarz-gelben Koalition an die Bevölkerung Ostbrandenburgs“, heißt es bei den Bürgern in den von CO2-Endlagern bedrohten Regionen: „Wir werden uns nicht zum CO2-Klo Deutschlands degradieren lassen“. Die Bürger kündigen weiteren Widerstand an. „Wenn Vattenfall kommt, werden wir unser Land nicht kampflos übergeben“, sagt Kess. Die angebotenen „Ausgleichszahlungen“ lehnen die engagierten Bürger ab. „Wir sind nicht käuflich, wie manch andere“.

Durch die umstrittene CCS-Technologie (Carbon-Capture and Storage) soll Kohlendioxid (CO₂), inklusive max. fünf Prozent zusätzlicher Giftstoffe wie Arsen, Blei, Quecksilber etc. aus Lausitzer Kohlekraftwerken von Vattenfall abgeschieden und anschließend unterirdisch eingelagert werden. Gegen diese Endlagerung des Gasgemisches regt sich massiver Widerstand seitens Bevölkerung in Ostbrandenburg.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung vom 14. Juli 2010 der Bürgerinitiative „CO2-Endlager stoppen“. Den ganzen Text findet man unter <http://www.ccs-protest.de/100714.html>.

Erdgasspeicherung

Das Thema „Erdgasspeicherung“ scheint an verschiedenen Orten drängender zu werden. Hier gleich zwei Beiträge zu diesem Bereich. Auf den Hilferuf der BI in Ostfriesland hat der BBU-Vorstand bereits reagiert und es bahnt sich eine Zusammenarbeit der Aktiven in Ostfriesland und im Münsterland an. Weitere aktive BBU-Mitglieder sollten sich „outen“ und bei der BBU-Geschäftsstelle, sowie bei der BI Lebensqualität melden. Die BBU-Newsletter-Redaktion freut sich über weitere Standortberichte zu diesem Themenbereich. Die Redaktion.

Liebe Mitstreiter in anderen BI's, ein frisches moin, moin aus Ostfriesland.

Wir, die BI "Lebensqualität Horsten/Etzel/Marx" wehren uns gegen den Ausbau des Kavernenfeldes in Etzel zum größten Erdgas-Zwischenspeicher Europas. Unsere BI hat sich erst zum Beginn dieses Jahres formiert; Anlass war eine sehr klein gedruckte öffentliche Anzeige eines Planfeststellungsverfahrens zur Genehmigung einer Gas-Verdichter-Anlage für die EonGasStorage GmbH (EGS). Weiter Details aller bisherigen Vorgänge findet ihr auf unserer Homepage. Wir sind in unserer BI inzwischen zu der Überzeugung gekommen, dass,

- man mit Aktivitäten, nur auf der lokalen Ebene, zum Scheitern verurteilt ist,
- von der regionalen Politik keinerlei Unterstützung erwarten kann,
- die Landespolitik, wenn nicht sogar die Bundespolitik für Vorhaben dieser Größenordnung und deren Konsequenzen für die Umwelt und für die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung in die Verantwortung genommen werden müssen.



Deshalb dieser Aufruf zur Solidarität. Gemeinsam haben wir die starke Stimme um uns Gehör zu verschaffen.

Wenn Ihr euch bei uns meldet, uns eure BI-Ziele kurz umschreibt, uns eure Probleme mit Behörden (z.B. LBEG) auflistet, uns die Machtlosigkeit eurer kommunalen Politiker schildert, dann lässt sich daraus ein Katalog erstellen, aus dem für jeden ersichtlich wird, dass die meisten unserer Probleme keine lokalen Erscheinungen sind, sondern einen sehr großen gemeinsamen Nenner haben.

Darum unsere Bitte: meldet euch mit den o. a. Informationen, gebt uns eure Homepages bekannt, dass alle sie lesen können, gebt diesen Aufruf weiter an BI's die ihr sonst noch kennt oder informiert uns über diese weiteren BI's. Für eure aktive Beteiligung bedanken wir uns im Voraus und verbleiben, mit freundlichem Gruß

BI "Lebensqualität Horsten/Etzel/Marx" (www.bi-lebensqualitaet.de)

Kritik am Genehmigungsverfahren zur E.ON-Gasverdichterstation

Der BBU und seine Gronauer Mitgliedsorganisation, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau), üben Kritik an dem Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der Erdgaskavernenspeicheranlage des E.ON-Konzerns in Gronau-Epe. Aus Sicht der Bürgerinitiativen war der Erörterungstermin eine Show-Veranstaltung. Das wurde auch daran deutlich, dass zahlreiche Fachbehörden durch Abwesenheit glänzten.

Bei dem Genehmigungsverfahren geht es um die Erweiterung der Gasverdichterstation der E.ON Gas Storage GmbH. Hintergrund sind vielfältige Projekte in Gronau-Epe, bei denen in ausgespülten Salzkavernen Gas eingespeichert wird. Als Vorstufe der unterirdischen Gasspeicherung ist die Gasverdichtung erforderlich. Inzwischen befinden sich mehrere Gasverdichterstationen verschiedener Unternehmen bei Gronau-Epe, die allesamt das Landschaftsbild stark beeinträchtigen. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Erweiterung der E.ON-Gasverdichterstation konnten bis Ende Juni 2010 Einsprüche bei der Bezirksregierung Arnsberg als zuständiger Bergbaubehörde eingereicht werden. Neben Privatpersonen und Umweltorganisationen hat auch die Stadt Gronau Einspruch erhoben.

AKU und BBU kritisieren u. a.: Bei den Antragsunterlagen fehlte der Sicherheitsbericht. Ohne diesen können aber Privatpersonen und Naturschutzverbände nicht abschließend beurteilen, ob möglicherweise gravierende Gefahren von der Verdichterstation ausgehen. Somit konnten beim Erörterungstermin die Einsprüche auch nicht in die Tiefe gehend begründet werden. AKU und BBU fordern, dass der Sicherheitsbericht im Gronauer Rathaus öffentlich ausgelegt wird und der Bevölkerung erneut die Möglichkeit geboten wird, Einsprüche zu erheben. Weiterhin kritisieren der AKU und der BBU, dass das bisherige Genehmigungsverfahren der Bevölkerung im niederländischen Grenzgebiet nicht bekannt gegeben wurde.

Gekürzte Pressemitteilung von AKU & BBU vom 15.07.2010; Gesamtversion unter <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

Kohlekraftwerke

BBU erhebt Einspruch gegen das beantragte Kohlekraftwerk in Krefeld

(UB): Der BBU hat Ende Juni fristgerecht gegen den Antrag der Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Projektgesellschaft mbH & Co KG auf Erlass eines Vorbescheides zur Errichtung und zum Betrieb eines Steinkohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen Einspruch erhoben. Das Vorhaben verletzt nach Auffassung des BBU insbesondere das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit sowie das Recht auf Eigentum. Auch das Recht auf den Schutz der Umwelt und ihrer Bestandteile wird durch das Vorhaben verletzt. Insgesamt wurden gegen die Trianel-Pläne mehr als 20.000 Einsprüche erhoben.

<http://www.cbqnetwork.org/3455.html>.

Massentierhaltung

Die vom BBU unterstützte Unterschriftenaktion gegen die Massentierhaltung wird noch fortgesetzt:

http://www.sofortiger-atomausstieg.info/Fuer_eine_artgerechte_Tierhaltung.pdf.

Müllpolitik

Sondermülldeponie Gallenbach

(UB): Vom 19. Juli bis einschließlich zum 2. August liegt bei den Verwaltungen von Aichach und Dasing der Planfeststellungsbeschluss für die Grundwasserbehandlungsanlage bei der Sondermülldeponie Gallenbach (Stadt Aichach) zur öffentlichen Einsicht aus. Die Regierung von Schwaben hat den Planfeststellungsbeschluss gefasst. Mit der Grundwasserbehandlungsanlage soll besonders Arsen im Grundwasser unter der Deponie bekämpft werden.

Weitere Informationen unter http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Lokales/Aichach/Lokalnews/Artikel.-Arsenklaeranlage-in-Gallenbach-ist-genehmigt-arid,2197082_regid,2_puid,2_pageid,4492.html.

Über konkrete Einsprüche gegen das jetzt genehmigte Vorhaben ist der BBU-Newsletter-Redaktion nichts bekannt. Bereits vor Jahren sorgte die Deponie aber schon für Unruhe in der Bevölkerung vor Ort: http://dfxnet.de/spd/aichach-friedberg/presse_archiv_03.htm#126.

Tonerschäden

Sicher drucken - gesund leben

Laserdrucker und Kopiergeräte belasten weltweit die Atemluft von Menschen mit einem ungefilterten Mix aus gefährlichen Feinstäuben, ultrafeinen Partikeln und Schadstoffen. Dies kann erhebliche gesundheitliche, betriebs- und volkswirtschaftliche Schäden verursachen!

Mit dem „Projekt sicher drucken“ engagiert sich jetzt die Stiftung nano-Control mit Partnern aus der Forschung, der Wirtschaft, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden für Lösungen. Die Stiftung ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Weitere Informationen unter <http://sicher-drucken.de/index.html>.

Verkehrspolitik

Fußverkehrsförderung ist gerecht!

Neuer Ratgeber im Internet: Geh-Recht.info

Seit seiner Gründung vor 25 Jahren hat der Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. sich intensiv für eine Verbesserung der Bedingungen für Fußgänger im Straßenverkehr eingesetzt. Trotz der in Deutschland noch immer vorhandenen recht starken Ausrichtung auf den motorisierten Individualverkehr war der Verband in Kooperation mit Fachleuten, Institutionen und anderen Verbänden punktuell erfolgreich. In den letzten Jahrzehnten wurde die Straßenverkehrs-Ordnung erweitert, z.B. durch die Ausweitung niedrigerer zulässiger Höchstgeschwindigkeiten für den Autoverkehr. In den Planungsgrundlagen werden die Fußgänger mittlerweile fast gleichberechtigt mit den anderen Verkehrsarten beachtet.

Doch werden Regelverstöße gegen die Rechte des Fußverkehrs immer noch nicht im erforderlichen Maße geahndet und die Missachtung der als "Stand der Technik" geltenden Planungsgrundlagen dürften in den Kommunen eher zugenommen haben. Deshalb bietet der FUSS e.V. Bürgern mit seinem neuen Internet-Service www.Geh-Recht.Info Argumentationshilfen und gleichzeitig Handlungsempfehlungen für die Verwaltungsebene und für Kommunalpolitiker. Ein gelungener Informations-Spagat zwischen Beschwerdeführern und den verantwortlichen Stellen für die Umsetzung verkehrspolitischer Maßnahmen, die nicht als "Gegner", sondern als Kooperationspartner zur Umsetzung fußgängerfreundlicherer Maßnahmen angesprochen werden.

*Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des FUSS e. V. vom 6. Juli 2010. Der FUS e. V. Ist BBU-Mitglied.
Kontakt: <http://www.fuss-ev.de>*

Wasserschutz

Wasser aus Planschbecken soll keine Belastung fürs Grundwasser darstellen

Viele Leute denken nicht daran, aber die Mittel zur Desinfektion und Algenbekämpfung im Planschbecken enthalten Biozide. Wenn dieses Wasser dann nach der Benutzung zur Bewässerung eingesetzt wird, kann es zur Belastung des Bodens und des Grundwassers kommen. Daher ist es sinnvoller statt Desinfektionsmittel zu verwenden das Wasser je nach Temperatur und Nutzung jeden oder nach maximal drei Tagen zu wechseln. Das genutzte Wasser kann dann zum Gießen verwendet werden. Wer es nicht mühselig mit der Gießkanne aus dem Planschbecken schöpfen will, kann sich hierfür auch eine einfache Schmutzwasserpumpe aus dem Baumarkt zulegen. Wenn der Garten nicht so groß ist, um das zum Baden genutzte Wasser auf einmal zum Bewässern zu verwenden, kann es in einer Regentonne zwischen lagern. Siehe Presseerklärung unter

<http://www.bbu-bonn.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/05.07.10.pdf>

Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

VSR-Gewässerschutz stellt hohe Nitratbelastung in der Weser fest:

Algen und Schaum an den Nordseestränden sind die Folge

Die hohen Nährstoffeinträge in die Nordsee verursachen an den Stränden starke Algenentwicklungen, Wassertrübung und Schaumbildung. Ein großer Teil der Belastung stammt aus dem Binnenland und wird über die Flüsse in die Nordsee transportiert. Die Messfahrt vom VSR-Gewässerschutz im Dezember 2009 bestätigte, dass die Weser immer noch mit einer viel zu hohen Nitratkonzentration in der Nordsee mündet.

Am deutlichsten lässt sich für den Urlauber das Überangebot an Nährstoffen an den häufig auftretenden Schaumbergen, die unangenehm riechen und kleben, erkennen. Durch das hohe Nährstoffangebot entwickeln sich massenhaft winzige Algen, deren Eiweiß beim Absterben freigesetzt wird. Heftige Wellen wirbeln diese Algenkolonien durcheinander und erzeugen einen ähnlichen Effekt wie beim Schlagen von Eiweiß zu Eischnee. Sehr unangenehm wird es für Urlauber, wenn es aufgrund der hohen Stickstoffkonzentrationen an der Küste der Deutschen Bucht zu Algenblüten kommt, die das Baden beeinträchtigen.

Anders als in Deutschland richtete sich in Dänemark die Diskussion schon lange auf die Gefährdung der Meere durch Nitratüberschüsse aus der Landwirtschaft. In Deutschland versucht man selbst heute noch die Nitratkonzentrationen im Grundwasser nur so weit zu senken, dass es die Trinkwassergrenzwerte einhält. Doch bereits ab 25 mg/l Nitrat trägt das Grundwasser zur Stickstoffbelastung der Flüsse und damit zur Eutrophierung der Nordsee bei. Der VSR-Gewässerschutz fordert, dass auch in Deutschland der Schutz der Gewässer im Vordergrund steht.

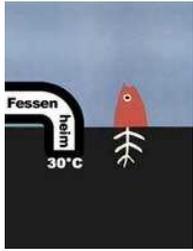
Siehe PE <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/PE+Nordseebelastung+durch+die+Weser.pdf>

Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

Rheinerwärmung durch AKW Fessenheim: Kein Problem für die EDF, wohl aber für die Fische

Eine Rheinerwärmung durch das französische AKW Fessenheim auf 30 Grad wäre für den französischen Atomkonzern EDF kein Problem, denn eine Erwärmung des Oberrheins ist ja behördlich genehmigt, sagt die Pressestelle des Kraftwerks. Laut französischer Genehmigung vom 26.05.1972 (also aus der umweltpolitischen Steinzeit!) darf der Rhein durch die beiden Blöcke des AKW Fessenheim im Juni, Juli und August um skandalöse 4 °C, im September, Oktober, November, März, April und Mai um 6,5 °C erwärmt werden. Im Dezember, Januar und Februar darf der Rhein sogar um 7 °C wärmer werden.

Bis auf 30 Grad darf das Atomkraftwerk den Rhein aufheizen. Im Hitzesommer 2003 hat die Fessenheimer Abwärme zu einer Temperaturerhöhung des Rheinseitenkanals von 1,7 °C geführt. Und dann gibt es am Rhein ja auch noch das „ein oder andere“ Kraftwerk mit Kühlturm und andere Firmen, die den Rhein aufheizen. Die skandalöse thermische Verschmutzung (auch durch andere AKW ohne Kühlturm an den Rheinzufüssen) rückt jetzt, auch wegen der menschengemachten, heißen Sommer, zunehmend in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Ohne Druck des BUND und der Umweltbewegung wird sich hier nichts ändern. Presseerklärungen werden wohl nicht ausreichen um Verhaltensänderungen bei den Betreibern EDF und EnBW und bei den verantwortlichen Politikern zu erzielen, die nur auf Gewinne, nicht aber auf die Umwelt achten.



Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BUND / Regionalverband Freiburg. Weitere Infos: <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/akw-fessenheim-rhein-erwaermung.html>

Wasserversorger und Umweltverbände gemeinsam gegen eine Regulierung der Wasserversorgung

„Nikolaus Geiler vom Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erklärte, dass die Umweltverbände von den Wasserversorgern eine glasklare Transparenz bei der Wasserpreisbildung erwarten. Nur wenn die Wasserversorger von sich aus die Karten auf den Tisch legen, könne man der Monopolkommission den Wind aus den Segeln nehmen. Anstatt einer zentralen Regulierung bedürfe es "gläserner Wasserwerke", die vor Ort Rechenschaft über die Preisgestaltung ablegen. In der Abwehr zentralistischer Regulierungsversuche seitens der Monopolkommission und der Kartellbehörden seien sich Wasserwerker und Umweltschützer im Interesse einer dauerhaft gesicherten Trinkwassergüte einig.“ Kontakt: Nikolaus Geiler, Tel.: 0761 275 693. Aus einer Presseinformation verschiedener Verbände vom 14.7.2010; gesamter Text unter http://www.presseportal.de/pm/6556/1647931/verband_kommunaler_unternehmen_e_v

3. Terminhinweise



Der Film PLASTIC PLANET läuft in folgenden Orten in den Kinos:

www.plastic-planet.de/kinofinder.html. Der BBU ist einer der Film-Kooperationspartner.

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Terminübersichten für Aktionen zum Sofortausstieg gibt es z. B. hier: <http://www.anti-atom-aktuell.de>, <http://www.castor.de/8termine.html>, <http://www.contraatom.de/2.0/index.php?mod=kalender&baum2=3&baum3=3>

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung gibt es u. a. hier: <http://www.friedenskooperative.de/index.html>

4. Wir gratulieren ...

... dem BBU-Urgestein **Marianne Fritzen**. Marianne ist seit Jahrzehnten in der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg aktiv und erhält in diesem Jahr den Petra-Kelly-Preis. Weitere Infos unter <http://wendland-net.de/index.php/artikel/20100625/petra-kelly-preis-fuer-marianne-fritzen-und-den-widerstand-42821>.

Mehr über Marianne erfährt man in dem Buch "ÜberMacht und Phantasie".

<http://de.indymedia.org/2008/10/230643.shtml>.

Marianne, bleib gesund & querstellerisch! Herzliche Glückwünsche des BBU in Richtung Wendland!

... der Redaktion der **Graswurzelrevolution** zum Erscheinen der 350. Ausgabe (Sommerausgabe 2010). Die Graswurzelrevolution fühlt sich auch der Bürgerinitiativbewegung verbunden, berichtet regelmäßig über den Widerstand gegen die Atomindustrie, und in der Jubiläumsausgabe kommt auch Harald Gülzow vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU zum Thema C02-Speicherung zu Wort.

Kollegiale Grüße nach Münster. Infos, Probeexemplare und Abokonditionen: <http://www.graswurzel.net>

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 7 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand'. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.08.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.